

„WO DER HUND BEGRABEN LIEGT“:
Vom Ende des Studentenkabarets „Rat der Spötter“ 1961/62

Sylvia Klötzer

Auch die ersten Berufskabarets der DDR können als „Kinder des 17. Juni“ gelten – wie es Klaus Polkehn für die neuen Zeitungen „Wochenpost“, „Magazin“ und „Eulenspiegel“ formuliert hat, die ab Ende 1953 herauskamen.¹ Im Oktober 1953 nahm die Berliner „Distel“ mit „Hurra! Humor ist eingeplant!“² ihren Spielbetrieb auf. Im März 1954 trat die „Leipziger Pfeffermühle“ das erste Mal öffentlich auf, und Ende des Jahres begann sich in Dresden die „Herkuleskeule“ zu formieren, das dritte und für längere Zeit letzte Berufskabarett in der DDR.

Zeitgleich entstand auch an der Karl-Marx-Universität Leipzig der „Rat der Spötter“. Das Studentenkabarett, das der Redakteur Horst Pehnert im Herbst 1954 – vor allem mit Studenten des Faches Journalistik – aus dem Vorläufer-Ensemble „Tarantel“ gründete, war zunächst eine Art Agit-Prop-Gruppe.³ Daß das Ensemble auch bei Großveranstaltungen mit Sprechchören auftrat, wie vor den Leipziger Kommunalwahlen 1957 auf dem Bahnhofsvorplatz, schloß nicht aus, daß es unter Studenten schnell beliebt wurde: Zwischen Februar 1958 und Mai 1960 traten die „Spötter“ über zweihundertmal auf, bei universitäts-internen Veranstaltungen, bei Großkundgebungen der SED wie bei überregionalen Konferenzen: Sie spielten vor Chemiestudenten beim „Chemikerball“ und vor Schriftstellern und Funktionären auf der „Bitterfelder Konferenz“. Die Programme der „Spötter“ aus dieser Zeit vermitteln ein Lebensgefühl von studentischer Unverkrampftheit und Lust am Experimentieren – in Tauwetterstimmung. So erklärt sich, warum das Ensemble insbesondere an der Leipziger Universität populär war und damit gleichermaßen die Attraktivität einer Einrichtung bestätigte, an der damals noch Leute wie Ernst Bloch lehren konnten. Im Sommer 1959 wurde der „Rat der Spötter“ – als Sieger bei einem Ausscheid der Agit-prop- und Kabarettgruppen – zu den „VII. Weltfestspielen der Jugend und Studenten“ nach Wien delegiert. Nach der Rückkehr gab es offizielles Lob vom Leipziger Oberbürgermeister und einen „Staatspreis für künstlerisches Volksschaffen“ vom Ministerium für Kultur.⁴ Noch einmal, kurz vor dem Bau der

Berliner Mauer, organisierte die Universitäts-Parteileitung⁵ eine Reise in den Westen: Sie schickte ihr Kabarett im Juni 1961 nach Marburg. Dort traten die „Spötter“ aus Leipzig vor Studenten der Philipps-Universität auf. Überliefert ist die Anekdote, wonach während der Vorstellung im Zuschauerraum weiße Mäuse auftauchten. „Richard“ und „Mai-Otto“ reagierten aus dem Off: „Du, Richard! Die ganze Medizinische Fakultät in Marburg ist pleite...“ – „Wieso dann, mai Otto?“ – „Die ham’ keene Mäuse mehr!“⁶ Zurück in Leipzig, erhielt das Kabarett vom FDJ-Zentralrat der Universität eine Medaille – es hatte sich vorzüglich bewährt.

Drei Monate später wurde der „Rat der Spötter“ von denselben Institutionen, die ihn kurz zuvor noch ausgezeichnet und die sich mit ihm geschmückt hatten, fallengelassen: Im September 1961 wurde der „Spötterkeller“ geschlossen, das Kabarett-Ensemble verboten und seine ehemaligen Mitglieder von der Universität relegiert oder exmatrikuliert. Wie Kriminelle wurden sechs der „Spötter“ verhaftet und in das Gefängnis der Staatssicherheit gebracht – der Student an der Theaterhochschule Leipzig, Peter Sodann, die Journalistik-Studenten Heinz-Martin Benecke, Manfred Albani und Peter Seidel sowie Ernst Röhl, der dieses Studium gerade abgeschlossen hatte, und der Grafiker Rolf Herschel⁷. Die Untersuchungshaft – zum Teil als Einzelhaft und unter Entzug von Büchern und Zeitschriften – wurde immer wieder mit der angesichts geschlossener Grenzen fragwürdigen Begründung der „Verdunklungs- und Fluchtgefahr“⁸ verlängert und schließlich bis zur Verkündung des Urteils am 8. Juni 1962 aufrechterhalten. Die Anklage lautete auf „staatsgefährdende Hetze“ nach §19 Abs. 1 Ziffer 2 StEG. Nicht nur das neue, bereits vor der Premiere abgesetzte, sondern ebenso das Vorgänger-Programm „Odyssee von Humor“, das bis zum Sommer 1961 der Universitäts-Parteileitung noch sehr willkommen und vor allem mit der (kultur)politischen Linie kompatibel war, wurden in der „neu gegebenen Situation (kurz nach dem 13. August)“⁹ als „Hetze“ dargestellt, die sogar „soweit“ gegangen sei, diese „in Marburg unter der grölenden Zustimmung reaktionärer westdeutscher Studenten zu betreiben.“¹⁰

1 Klaus Polkehn, Das war die Wochenpost. Geschichte und Geschichten einer Zeitung, Berlin 1997, S. 12.

2 Premiere des ersten Programmes der Ost-Berliner „Distel“: 2. Oktober 1953.

3 Zur Geschichte des „Rates der Spötter“ vgl. Volker Schulte, in: Hanskarl Hoerning und Harald Pfeifer (Hg.), Dürfen die denn das? 75 Jahre Kabarett in Leipzig, Leipzig 1996.

4 Ebd., S. 72.

5 Aktennotiz Oberstleutnant Hoffmann, „Betr.: Vorgang ‚Rat der Spötter‘, o.D., BStU, MfS (Leipzig) AU 871/62, Bd. V, Bl. 40.

6 Volker Schulte, Rat der Spötter, S. 72.

7 Als siebter und letzter wurde damals noch Karl-Heinz Diesch verhaftet und im Gegensatz zu den anderen später aus der Untersuchungshaft entlassen. Zum Zeitpunkt des Prozesses, Anfang Juni 1962, war er erneut wegen „staatsgefährdender Hetze“ inhaftiert. Vgl. BStU, MfS (Leipzig) AU 871/62, Bd. VI, Prozeßbericht vom 29.6.1962, Bl. 259.

8 Vgl. Haftbefehl sowie Schreiben des Staatsanwaltes Holzmüller an die Kanzlei des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik in Berlin vom 8.11.1961, BStU, MfS (Leipzig) AU 871/62, Bd. VII, Bl. 130.

9 Umschreibung der Grenzschießung im Parteijargon, hier: Prof. Armin G. Kuckhoff. Vgl. Anm. 26.

10 Staatsanwalt des Bezirkes Leipzig, Anklage, 21.3.1962, S. 14. BStU, MfS (Leipzig) AU 871/62, Bd. 12, Bl. 16.

Insbesondere mußte jedoch das letzte Programm – „Wo der Hund begraben liegt“ – dazu herhalten, den „Rat der Spötter“ zu kriminalisieren. Die SED-Parteileitung der Universität sagte die für den 6. September 1961 geplante Premiere dieses Programmes ab. Bis dahin hatte sie den Text, der ihr vorlag, nicht beanstandet: „Das Programm ‚Wo der Hund begraben liegt‘ lag der Parteileitung (Genossen Höpcke) ca. 14 Tage vor der geplanten Aufführung etwa 8 Tage zur Einsicht vor, ohne daß von diesem Einblick in dasselbe genommen wurde.“¹¹ Auch in einer Besprechung zwischen Studenten und Parteileitung am Vormittag des 5. September wurde das Programm insgesamt (noch) nicht als „feindlich“ bewertet und lediglich Änderungen einzelner Szenen und Szenen-Details verlangt.¹² Ob es zutrifft, daß Klaus Höpcke das neue Programm ungeprüft ließ, oder ob er später, nach der Kursänderung, behauptet hat, das Programm nicht gelesen zu haben, kann hier dahingestellt bleiben; deutlich wird jedoch, daß erst kurz vor der geplanten Premiere offenbar diejenigen zum Zuge kommen konnten, die in den „Spöttern“ im stalinistischen Raster „Feinde“ sahen, die ihre „böartige“ Gesinnung mit Kabarettprogrammen lediglich „tarnten“. Am Abend des 5. September fand die Voraufführung vor der „Abnahmekommission, die sich aus Genossen der Partei- und FDJ-Leitung sowie der Kulturkommission der Universität zusammensetzte“¹³ statt. Danach „begann eine Auseinandersetzung mit den Mitgliedern des Ensembles, in der vom Sekretär der Universitätsparteileitung, Genossen Handel, der konterrevolutionäre Charakter des Programms aufgezeigt wurde.“¹⁴ Vier Tage später wurden die ersten Kabarettisten verhaftet. Nun wurde das Studentenkabarett-Programm zum „konterrevolutionäre[n] Angriff gegen Funktionäre der Partei und der Regierung sowie der Massenorganisationen“¹⁵ erklärt: „Die Inhaftierung aller Beschuldigten erfolgte, nachdem durch Information des Sekretärs der Universitätsparteileitung, Genossen Handel, über die Bezirksleitung der Partei die Abteilung V [der Staatssicherheit, S.K.] von der Ausarbeitung des feindlichen Programms und der geplanten Aufführung Kenntnis erhalten hatte.“¹⁶

„Wo der Hund begraben liegt“, das letzte Programm der „Spötter“, war im Sommer 1961 entstanden und Ende August/Anfang September geprobt worden. „Habe nun ach, Theologie, Juristerei und Medizin und leider auch Philosophie/durchaus studiert mit heißem Bemühn“ – lamentiert ein „Totengräber“ im Entree, trotzdem suche er – „des nachts, zur Geisterstunde, die tausend kleinen

11 Aktennotiz Oberstleutnant Hoffmann: „Betr.: Vorgang ‚Rat der Spötter‘“, o.D, BStU, MfS (Leipzig) AU 871/62, Bd. V, Bl. 39.

12 Ebd.

13 Ebd.

14 Sachstandsbericht von Oberleutnant Göhler, 11.9.1961, in: „Untersuchungsvorgang Sodann, Peter und 6 andere“, Bd. I, BStU, MfS (Leipzig) AU 871/62, AKB, Bl. 55.

15 Ebd. Bl. 53.

16 Aktennotiz Oberstleutnant Hoffmann, Bl. 39.

dicken Hunde“ noch immer vergeblich. Gut geschulte „Geister“, die „wissen, daß der Sozialismus siegt/und wo der Hund begraben liegt“ bieten ihre Hilfe an: „Zwar hast Du strebend Dich bemüht,/zu dringen in des Lebens Gänge./Doch fehlen dabei, wie man sieht,/politisch-idlogische Zusammenhänge.“ Auf der Kabarettbühne beginnt ein „Geisterlehrjahr“ – ein alternatives Parteilehrjahr. In der ironischen Mahnung, dem jungen Mann die „politisch-idlogischen Zusammenhänge“ aufzuweisen, liegt zugleich die Ankündigung, tatsächlich auf grundsätzlichere Probleme – auf „dicke Hunde“ – zu sprechen zu kommen: „Im Leben gibt es viele Hunde/in Politik, in Wirtschaft und Kultur;/man trifft sie fast zu jeder Stunde/hier dumm, da stolz und auch mal stur./Vernehmet jetzt aus Spöttermund/daß auch ein dünner dicker Hund was wiegt./Wir zeigen euch zur Spötterstunde/wo der Hund begraben liegt.“¹⁷

Die Startnummer, „Volkskammer“, hatte ein Beispiel dafür abgeben sollen, wie sich die Spötter die Präsentation „dicker Hunde“ vorgestellt hatten – wenn sie nicht hätte geändert werden müssen. Verwendet wurde ein Format, das auch in vorangegangenen Programmen zur Kommentierung aktueller Themen gedient hatte, ein Dialog zwischen Sherlock Holmes und Dr. Watson:

Ein Toter wird aufgefunden. Holmes und Watson untersuchen („We are untersuchung“): „Watson: Totschlag? Holmes: Ach, was! – Watson: Mord? Holmes: Ach was! – Watson: Politisch? Holmes: (nickt) – Watson: Puls? Holmes: O! – Watson: Also doch tot! Holmes: Okay! – Watson: Todesursache? Holmes: Hat sich zu Tode gewundert. – Watson: Worüber? Holmes: In der Volkskammer war ein Zwischenruf!“¹⁸ Die Szene entspricht in dieser Fassung dem Ton des gesamten Programmes, das witzig, frech, unbekümmert und auch gewagt war. Nach der Begutachtung des Textes durch die Universitäts-Parteileitung am 5. September mußte jedoch eine andere Pointe gefunden werden; aus dem Kommentar über das ostdeutsche politische System wurde umstandslos einer über das westdeutsche: Nun erklärt Holmes den plötzlichen Tod des Mannes, der sich „zu Tode gewundert hat“ mit: „Die SPD macht eine selbständige Politik“. Der Titel der Szene, „Volkskammer“, mußte so natürlich entfallen.

Es war allerdings völlig unerheblich, ob die Autoren am 5. September 1961 noch Konzessionen machten oder nicht – weder bewahrten sie das Programm vor dem Verbot, noch entgingen sie selbst dem Gefängnis. „Wo der Hund begraben liegt“ sollte zu diesem Zeitpunkt in jedem Fall als feindliche Hetzkampagne interpretiert werden. Vorzüglich ließen sich dazu besonders die Szenen mißbrauchen, in denen „schärfer geschossen“¹⁹ wurde, in denen die satirische Kritik un-

17 Alle Textzitate nach dem von der Staatssicherheit konfiszierten Textbuch, das auch die letzten handschriftlichen Änderungen enthält: „Beweismittelakte zum Vorgang Sodann“, BStU, MfS (Leipzig) AU 871/62, Bl. 04.

18 Beweismittelakte, Bl. 05.

19 Vgl. Vernehmungsprotokolle der verhafteten Kabarettisten, hier Peter Seidel, BStU, MfS (Leipzig) AU 871/62, Bd. III, Bl. 129.

verstellter sein und stärker ins Grundsätzliche zielen sollte. Das war zum einen die erklärte Absicht der Autoren auf der Welle ihrer Erfolge. Zum anderen artikuliert sich in diesem Ansatz auch die Hoffnung – die sich als großes Mißverständnis erweisen sollte – geteilt auch von einer Reihe damals etablierterer DDR-Künstler: „Jetzt ist die Mauer da, jetzt kann man in der DDR über alles offen reden.“²⁰ Die Auseinandersetzungen um Heiner Müllers Stück „Die Umsiedlerin“²¹, das Ende September 1961 von Studenten an der Berliner Hochschule für Ökonomie uraufgeführt wurde, die darauf folgende Ausgrenzung von Müller und Tragelehn, die Auflösung der Studentenbühne, weist mehrfache Parallelen zur Absetzung des Programmes „Wo der Hund begraben liegt“ auf. Jedoch ging man im Falle der „Spötter“ weitaus härter vor: Die Leipziger mußten im Gegensatz zu den Berlinern für ein Jahr ins Gefängnis.

Ein Ausdruck des „schärferen Schießens“ ist ohne Zweifel der häufige direkte Bezug auf Walter Ulbricht in einer Reihe der Szenen. Eine davon, „Pumpnickel“, konzentriert sich völlig auf den „Herrn Staatsrat“. Obwohl es in dieser Szene um einen gewissen „Pumpnickel“, Agitator der Nationalen Front geht, ist Walter Ulbricht omnipräsent: Durch sein Bild – sein Portrait hängt im Hintergrund der Bühne, durch Zitate aus seinen (veröffentlichten) Reden, und nicht zuletzt durch seine Sprache: Der Leipziger Funktionär „Pumpnickel“ spricht naturgemäß und unvermeidbar denselben Dialekt wie Ulbricht, welcher allein aus diesem Grund ständig ‚auf der Bühne‘ präsent ist.

Der Agitator Pumpnickel, führt die Szene vor, hat keine eigene Meinung (zu haben). Redet er, dann verwendet er „W.-U.-Zitate“, um „auf Nummer ganzundgarsicher zu gehen“, und als Unterwerfungsgeste gegenüber Ulbricht, dessen Portrait er im Szenen-Einstieg die Aufwartung macht, unterwürdig und soldatisch-zackig zugleich. „W.-U.“, erklärt Pumpnickel, und gewinnt damit dem Offensichtlichen einen erster Lacher ab, ist keineswegs die Abkürzung, die sich hier aufdrängt. Sie stehe vielmehr für „WUnderwirkung“. Die wunderbare Wirkung wird allerdings durchaus mit Zitaten des „Herrn Staatsrats“ erzielt – und zwar ausschließlich mit diesen. Wir erleben Pumpnickel beim Diktat eines seiner Referate – das er einer Sekretärin in die Maschine „diskutiert“: „Kollegen und Kollegen, ich beginne heute mein Referat nicht ausnahmsweise mit eigenen Worten, nein, ich möchte gleich flugs unseren verehrten Herrn Staatsrat rezitieren, um auf Nummer ganzundgarsicher zu gehen.“ Die vordergründige satirische Schelte des devoten Agitators offenbart sich schnell als Kritik an den stilistisch ungelenken Ulbricht-Reden und deren eigenwilliger Metaphorik: Ab-

20 Heiner Müller, zitiert nach Marianne Streisand, Chronik einer Ausgrenzung, in: Sinn und Form, 43. Jg. (1991), H. 3, S. 429–434, hier S. 430.

21 Zur Auseinandersetzung um die Uraufführung von Heiner Müllers Stück „Die Umsiedlerin“ an der Studentenbühne der Berliner Hochschule für Ökonomie vom 30.9.1961 vgl. Marianne Streisand, ebd., sowie auch zur Rolle der Staatssicherheit, Matthias Braun, Drama um eine Komödie, Berlin 1995.

gesichert durch detaillierte Quellen-Angaben stellt diese Szene dürftige Ulbricht-Sätze bloß und macht sich darüber lustig: „Also, ich beginne, Kolleginnen und Kollegen. W.U. ‚Menschen ... Menschen ... (er sucht ein Buch und liest:) zu überzeugen, ist eine langwierige Aufgabe. Es gehört viel Ausdauer dazu...“ „Nicht so schnell“, unterbricht die Sekretärin den erkennbar redundanten Redefluß, „ich schreibe Steno.“ Ein Anrufer gibt das Stichwort zum nächsten Zitat. Er will wissen, wie man „Schicksal“ schreibt. Nachdem Pumpnickel parteiliniienkorrekt klarstellt, „wir kennen kein Schicksal, nur den Kampf“, muß er erst im Duden nachschlagen, um verkünden zu können: „Also Schicksal mit ck wie Brückenkopf.“ Damit fällt das Stichwort für die folgende Erklärung: „...markantes Wort aus markantem W.U.-Zitat, Referat auf dem V. Parteitag, Broschüre Dietz-Verlag 1958, Seite 185: ‚Man darf nicht zulassen, daß die Atomkrieger mit Hilfe der antikommunistischen Hetze Brückenköpfe in der Arbeiterklasse errichten‘ [...]“. Die Wirkung dieser schrägen Formulierung kann sich weiter entfalten, wenn Pumpnickel seine Sekretärin auffordert, das Zitat zu überprüfen. „Stimmt wörtlich“, bestätigt sie. Nach weiteren Zitaten endet die Szene damit, daß der Anrufer versucht, Pumpnickel zu einer „eigenen Meinung (zu) provozieren“. „Wie würden Sie argumentieren“, fragt er, „wenn’s keine Ulbrichtreden gäbe?“ „Engels“, lautet die Antwort, ersatzweise „Marx“, oder auch „Lenin“. „Ach, wissen Sie“, setzt Pumpnickel der Befragung ein Ende, „tun Sie doch nicht so, als wenn meine Existenz als Agitator der Nationalen Front aufs Spiel gesetzt wäre, wenn’s keine Zitate gäbe. (lachend) Es gibt doch so viele handfeste Argumente.“ – Darauf lobt ihn der Anrufer zum ersten Mal: „Da haben Sie endlich ‚mal was Vernünftiges gesagt.“ „Ich nicht, Walter Ulbricht“, lautet die Pointe aus Pumpnickels Mund.²² – Auch wenn Pumpnickel scheinbar privat wird und die eigene Meinung zum besten gibt, bewegt er sich im Zitat: Das Reden in Zitaten ist zur zweiten Natur des Agitators geworden. Die Pointe zielt jedoch darauf, daß nur im letzten Zitat Ulbricht „etwas Vernünftiges“ sagt, bewertet damit das zuvor Zitierte und fordert darüber hinaus etwas Vernünftiges ein.

Die satirische Kritik in dieser Szene insgesamt richtet sich zum einen gegen die Unterdrückung des einzelnen durch Parteiführung und Parteidisziplin: Der Funktionär verfügt nur noch über eine „Resteigenschaft als ich“. Ebenso zum Thema wird hier auch die Bereitschaft, sich zu unterwerfen. Zum anderen – und mit der Pointe bekräftigt – sind es die Ulbricht-Reden selbst, die zum Gegenstand des Spotts werden. Die Kritik greift noch weiter: Sie zielt auf den Kult um die Person Ulbricht: Ulbricht ist allgegenwärtig – im Bild und in der Gestalt des Agitators, im Zitat und im Dialekt. In der früheren Textversion wurde dieser Aspekt verstärkt: Hier war Ulbricht als Ersatz-Gott kenntlich gemacht. Als sich Pumpnickel am Telefon meldet, will er „Grüß Gott“ sagen, verwendet jedoch

22. Beweismittelakte, Bl. 20–22.

mit Blick auf das Ulbricht-Bild – den neuen Gott, den er bereits begrüßt hat und der diese Formel abgeschafft hat – das neutrale „Tag, Tag, Tag.“ Das „Grüß Gott“ mußte gestrichen werden. Schließlich gilt die Kritik auch dem Phänomen, daß Ulbricht (zu Lebzeiten!) wie ein Klassiker zitiert wird und dabei den Klassiker Marx verdrängt: „Marx habe ich nicht vorgesehen, Walter, also Ulbricht!“

Pumpnickel belegt jedoch auch (und hier stellvertretend für die anderen Szenen), daß die „scharfen Schüsse“ keine bissigen oder ätzenden Satiren hervorbrachten, sondern ein direkteres, gleichwohl auch politisch gewagtes Kabarett, das zudem keinen Gag und manchmal auch Kalauer ausließ. Es wurde zumal von Studenten geboten, unter denen SED-Mitglieder waren und viele zukünftige Journalisten, die das sozialistische Gesellschaftsmodell als zukunftstauglich, wenngleich dringend reformbedürftig ansahen, insbesondere auch hinsichtlich der Presse – und die Kabarett auch deshalb machten, um (einige) der eklatanten Unzulänglichkeiten anzugehen. Diese noch ungebeugte und deutlich studentisch-respektlose Art, Kabarett zu machen, die sich zuvor in Wien und Marburg so gut präsentieren ließ als Beweis dafür, wie kritisch und zudem amüsant es doch in der DDR zugehe, wurde im Herbst 1961 zum Beweis erklärt für Feindseligkeit, ja die Aufforderung, die DDR-Regierung zu stürzen. Die Gefangenen seien „dringend verdächtig“, schreibt der Staatsanwalt im November 1961, „staatsgefährdende Propaganda und Hetze betrieben zu haben“²³, ihr Herbstprogramm hätte „in der Endkonsequenz zum Handeln gegen die Arbeiter- und Bauernmacht“ aufgerufen. Er beantragt die (erste) Verlängerung der Untersuchungshaft, der stattgegeben wird.

Einen Monat nach der Verhaftung wird bei dem Rektor der Schauspielschule Leipzig, Prof. Armin G. Kuckhoff, ein Gutachten bestellt. Er erhält das Text-Buch von „Wo der Hund begraben liegt“ und einen „Fragespiegel“, der deutlich die Richtung der Anklage vorgibt. So soll Kuckhoff insbesondere darauf eingehen, „welche Szenen und Texte [...] Angriffe gegen die gesellschaftlichen Verhältnisse der DDR sowie gegen Funktionäre des Partei- und Staatsapparates“ enthalten, soll Belege für die „zersetzende Konzeption“ des gesamten Programmes liefern; soll prüfen, ob „durch eine variierte Betonung der positive Text ins Gegenteil und die Angriffe zur helfenden Kritik umgewandelt werden“, und er soll schließlich beschreiben, „[w]elche Auswirkungen [...] dieses Programm auf die verschiedenen Bevölkerungsschichten“²⁴ hat.

Kuckhoff lieferte die gewünschte Schmähchrift. Für Szenen, die er „als besonders“²⁵ böse hervorgehoben konnte, bot sich selbstverständlich Pump-

nickel an: „Die Kabarettisten mußten wissen, daß das dauernde Herunterleiern von Zitaten diese selbst entwertet [...] Das erscheint um so bedenklicher, als es sich um in der gegebenen Situation (kurz nach dem 13. August) außerordentlich wichtige Sätze handelt, die für uns alle von Bedeutung sind [...] Angeblich macht sich der Verfasser des Textes über Pumpnickel lustig, es entsteht also unvermeidbar ein anderer Eindruck, daß er sich über den Inhalt dieser wichtigen Zitate Walter Ulbrichts lustig macht. Auch die Kabarettisten müssen wissen, daß es hier nicht um ‚Empfindlichkeiten‘ geht: Walter Ulbricht, als Sekretär des Zentralkomitees der SED und Vorsitzender des Staatsrates, steht in der gegebenen Situation für die Sache. Um die Sache zu treffen, richtet der Gegner seine Angriffe gegen Walter Ulbricht. Auch nur die Möglichkeit einer solchen Interpretation hätte vermieden werden müssen aus Verantwortlichkeit, wenn schon nicht aus eigener Beziehung Künstler zu Staat und Partei. Statt dessen führt die Szene den Zuschauer geradezu zwangsläufig zu böartigen Schlußfolgerungen. [...] Praktisch wird hier Ulbricht gegen Ulbricht ausgespielt, werden die bedeutungsvollen Formulierungen zu wichtigsten Problemen unserer Zeit als Phrasen diffamiert. Endlich mal was Vernünftiges“ – hat das nun Pumpnickel gesagt oder Walter Ulbricht? Es fällt schwer, bei dieser Szene an Dummheit zu glauben. Der Verdacht böse Absicht liegt nahe.“²⁶

Im Gefälligkeitsgutachter Kuckhoff bestätigen sich die Thesen der Szene: Er agiert wie Pumpnickel. Kuckhoff stemmt sich gewalttätig gegen deren Aussagen, und er versucht, die dort bloßgestellten Ulbricht-Zitate wieder aufzuwerten: Permanent pocht er darauf, wie wichtig und wichtigst sie sind und er bemüht sich, den Eindruck zu zerstreuen, es ginge um die Person Ulbricht und um Personen-Kult. Dazu setzt er Ulbricht mit dem Staat DDR gleich und kann „Staatsbeleidigung“ unterstellen. Sein kaum überraschendes Fazit lautet, daß „Dummheit“ den Kabarettisten „nur als Versteck für die Böseartigkeit“ gedient habe, eine Böseartigkeit, die er dann an anderer Stelle als im Dienste „konterrevolutionärer Argumente“ interpretiert. Umstandlos hebt er die Autoren in den Rang von Oppositionsführern: „Die Schriftsteller als Wortführer der ‚Opposition‘ – lies Konterrevolution – auch das kennen wir aus Ungarn.“

In der Anklageschrift vom März 1962, deren Basis das Kuckhoff-Gutachten bildet, geht es an keiner Stelle um die sachliche Richtigkeit der satirischen Kritik; nie geht es darum, inwieweit die Argumente, die die Kabarett-Szenen tragen, unzutreffend sind – das sind sie allesamt nicht. Das Programm, so lautet vielmehr die Anklage, sei „Mittel zur Hetze“ gewesen. Es geht deutlich darum, den Kabarettisten persönlich eine ‚feindliche Einstellung‘ zu unterstellen, um das Kabarett als ‚Hort der Konterrevolution‘ aufzublähen, als einen Leipziger Petöfi-Club. Dieses Konstrukt wiederum läßt sich nur schwer am monierten Kabarett-

23 Brief des Staatsanwaltes Holzmüller an die Kanzlei des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik Berlin vom 8.1.61; BStU, MfS (Leipzig) AU 871/62, Bd. VII, Bl. 130.

24 Fragespiegel vom 9.10.61, handschr. Notiz: „Wurde mit Manuskript am 12.X.61 Gen. Prof. Kuckhoff in der Wohnung (...) übergeben. Rückgabe bis 31.10.61“, BStU AU 871/62, Bd. VII, Bl. 118.

25 Im Original unterstrichen.

26 Alle Zitate Gutachten Prof. Armin G. Kuckhoff, BStU, MfS (Leipzig) AU 871/62, Bd I, Bl. 134ff.

Programm festmachen. Statt dessen muß man eine „negative“ Entwicklung ab 1960 konstruieren, bei der die „Spötter“ vom vormals „richtigen“ Weg abgekommen seien. Infamerweise wird dies in klarer Ermangelung anderer Begründungen damit erklärt, daß die Studenten in der Zeit, als sie einen verwahrlosten Heizungskeller als Kabarett-Theater ausbauten (den „Spötterkeller“), das Grundlagenstudium des Marxismus-Leninismus vernachlässigt hätten. So habe es keine Aussprachen mehr über Beschlüsse von Partei und Regierung und „den daraus abzuleitenden politischen Inhalten und Zielen kabarettistischer Tätigkeit“ gegeben. Zudem hätten sich die Studenten laufend „sogenannte ‚politische Witze‘“, hauptsächlich gegen Walter Ulbricht gerichtet, erzählt. Unter „Mißbrauch ihrer gesellschaftlichen Tätigkeit im FDJ-Studenten-Kabarett“ hätten sie seit Mitte 1960 „staatsfeindliche Zersetzungstätigkeit gegen die Politik der Arbeiterklasse und gegen die Politik der Regierung“ betrieben und sich damit im „Sinne der von den Bonner Ultras gesteuerten Hetz- und Wühlstätigkeit“ verhalten.²⁷ Im keineswegs überraschenden Bemühen, als Ursache für dererlei feindliches Verhalten externe Gründe geltend zu machen, werden die „Spötter“ als vom Westen beeinflusst dargestellt – dazu muß das Gastspiel in Marburg nun passend ausgelegt werden – als Katalysator für eine – unterstellte – „negative“ Entwicklung. Aus demselben Grund sucht das MfS gleich nach der Verhaftung fieberhaft nach westlichen Zeitschriften und „Schundliteratur“ als „Beleg“ für westlichen Einfluß, zusätzlich werden die (wenigen) Westbesuche vermerkt und mit Bedeutung aufgeladen, beispielsweise ein Besuch beim „Hetzkabarett Insulaner“.

Der Prozeß gegen die sechs ehemaligen Mitglieder des Studentenkabarets „Rat der Spötter“ fand knapp ein Jahr nach der Verhaftung, vom 4. bis 6. Juni 1962, vor dem Bezirksgericht Leipzig statt. Die Hauptverhandlung wurde öffentlich vor „ausgewählten Zuschauerkreisen“²⁸ durchgeführt. „Mit dem Prozeß sollte bewiesen werden“, protokollierte ein Berichterstatter des MfS, „daß durch den Einfluß der ideologischen Diversion die Mitglieder des Studentenkabarets ‚Rat der Spötter‘ [...] ein konterrevolutionäres Programm ausarbeiteten und dessen Aufführung vorbereiteten. Weiterhin sollte gezeigt werden, daß, begünstigt durch die ungenügende Wachsamkeit und Erziehungsarbeit der gesellschaftlichen Organisationen an der Karl-Marx-Universität, die Beschuldigten weitere Studenten in Widerspruch zur Politik der Partei und Regierung bringen konnten. Im Ergebnis der Hauptverhandlung sollte die Erhöhung der Wachsamkeit und die Verbesserung der Erziehungsarbeit der studentischen Jugend erreicht werden. [...] Daß dieses Ziel erreicht wurde, geht aus verschiedenen Gesprächen hervor, die der Unterzeichner während des Prozesses mit Zuhörern führte. Ebenfalls

27 Anklage durch den Bezirksstaatsanwalt Kampfrad des Bezirks Leipzig, 21. März 1962, BStU, MfS (Leipzig) AU 871/62, Bd. 12, Bl. 03–26.

28 Prozeßbericht von Unterleutnant Wällnitz, 29.6.1962, BStU, MfS (Leipzig) AU 871/62, Bd. VI, Bl. 260.

erreicht wurde die erzieherische Wirkung des Strafprozesses auf die Angeklagten.“²⁹

Dieses Ziel war allerdings in Gefahr, berichtet der MfS-Leutnant weiter hinten in seinem Rapport: Das Kabarett-Programm alleine hätte eine Verurteilung nicht hergegeben. Es bedurfte dazu der Kriminalisierung der Kabarett-Mitglieder und ihrer Präsentation als „feindliche Gruppe“, wozu jeder Witz, der beim Bau des „Spötterkellers“ erzählt wurde, als feindliche Propaganda ausgelegt wurde: „Das staatsfeindliche Programm ‚Wo der Hund begraben liegt‘ wurde von dem Senat losgelöst von der mündlichen Hetze der Angeklagten behandelt. Das hätte zu einem Mangel an der Beweisführung zur Schuld der Angeklagten führen können. Durch Eingreifen des Staatsanwaltes in die Prozeßführung mit entsprechenden Fragen an die Angeklagten wurde der Eintritt dieses Mangels verhindert und die Verbindung der mündlichen Hetze zu dem erarbeiteten Kabarettprogramm hergestellt.“³⁰

Was sich in dieser Taktik vor allem offenbarte, war die Variante eines stalinistischen Schauprozesses, der, wie oben dokumentiert, mehrere Disziplinierungsfunktionen erfüllen sollte, nicht zuletzt auch im – gegenüber einer universitären Öffentlichkeit – vergleichsweise kleinen Bereich des DDR-Kabarets.

Wegen „fortgesetzter staatsgefährdender Hetze nach § 19 Abs. 1 Ziff. 2 und § 1 StEG“ wurden die Kabarettisten zu „bedingten Gefängnisstrafen“ zwischen einem Jahr und 10 Monaten (Peter Sodann), einem Jahr und sechs Monaten (Rolf Herschel), einem Jahr und drei Monaten (Peter Seidel und Heinz-Martin Bennecke) und zu einem Jahr (Ernst Röhl und Manfred Albani) verurteilt. Die Bewährungszeit wurde auf 4 bis 2 Jahre festgesetzt.³¹ Die „sozialistische Strafart der bedingten Verurteilung nach § 1 StEG“, d.h. die Entlassung der Häftlinge nach der Urteilsverkündung auf Bewährung, begründete das Gericht damit, daß „unsere gesellschaftlichen Kräfte stark genug sind, die Umerziehung der Angeklagten durchzuführen“³². Dieses Argument läßt sich als Beleg dafür werten, auf welch tönernen Füßen die Anklage und insbesondere die Haft insgesamt standen.

Warum wurde aus dem Programm „Wo der Hund begraben liegt“ überhaupt ein Fall konstruiert, warum wurden die „Spötter“ verhaftet, warum ließ man sie ein Jahr lang im Gefängnis und warum wurden sie verurteilt? Ohne die erschöpfende Erklärung zu bieten, ist der 13. August 1961 nicht ohne Bedeutung. Es gab damals, nach dem Mauerbau, zwei gegensätzliche Stimmungen in der DDR: Einerseits – auf seiten der Funktionäre – Aktionismus und eine gespannte Stimmung angesichts erwarteter Reaktionen unter der Bevölkerung. In Leipzig wur-

29 Ebd., Bl. 261.

30 Ebd., Bl. 262f.

31 Urteil, verfügt am 16.7.1962 vom Bezirksgericht Leipzig, Vorsitzender Direktor Grass, sowie den Staatsanwälten Holzmüller und Dr. Fräbel (Vertreter Bezirksstaatsanwalt), BStU, MfS (Leipzig) AU 871/62, Bd. I, Bl. 3f.

32 Ebd., Bl. 16.

den den Studenten an der Karl-Marx-Universität „Zustimmungserklärungen“ zu den Maßnahmen der Regierung abgenötigt. Die Universitäts-Zeitung druckte Erklärungen, „die im Tonfall schwer zu ertragen“ waren. So wurde die Genugtuung geäußert, daß die Bürger nun „vor den stinkenden Ausdünstungen der Pestbeule Westberlin durch eine Friedensgrenze geschützt werden“. Der Philosoph Ernst Bloch, der in den Westen gegangen war, wurde als „Betrüger“ und „gefährlicher Verbrecher“ diffamiert.³³ Diese Situation konnten Leute wie Hans Lauter, Sekretär der Leipziger Bezirksleitung unter Paul Fröhlich, nutzen. Der ehemalige ZK-Sekretär für Kulturfragen, der sich bereits 1951 bei der Verurteilung der Brecht/Dessau-Oper „Das Verhör des Lukullus“ hervorgetan hatte und 1953 abgelöst worden war, konnte am 23. Oktober 1961 Alfred Kurella, dem damaligen Leiter der Kommission Kultur beim Politbüro des ZK der SED melden, daß die Leipziger SED-Bezirksleitung und die „Sicherheitsorgane“ hart gegen den „Rat der Spötter“ vorgegangen seien, da das Kabarett „faktisch zu Aktionen gegen die Arbeiter- und Bauern-Macht“ aufgerufen hätte.³⁴ Es ist gleichfalls die Zeit, in der sich jüngere Funktionäre als wendig und wachsam erwiesen und so für eine Parteikarriere in der SED empfahlen. Auch Klaus Höpcke, der spätere Leiter der Hauptabteilung Verlage und Buchhandel im DDR-Kulturministerium, damals Parteisekretär in der Universitäts-Parteileitung, stellte seine Leistung auf Kosten und zu Lasten der „Spötter“ heraus: Die Universitätsparteileitung habe einen „konzentriertesten Provokationsversuch“ zu verhindern gewußt, in dem sie ein Programm verbot, das „darauf gerichtet [gewesen sei], die DDR zu diffamieren und alle Seiten unseres Staates zu verleumden“³⁵, fiel er in den Chor der Ankläger ein. Diese unglaublichen Potenzen eines Programms, das im August 1961 auf seinem Schreibtisch lag, hatte er zwar nicht sehr schnell erkannt, aber dann doch noch schnell genug.

Die Zeit nach der Grenzschießung durch die DDR war jedoch ebenfalls eine Zeit, in der unter Künstlern eine neue Stimmung entstanden war, die Ernst Schumacher analog zu Heiner Müller für die Leute vom Theater folgendermaßen beschrieb: „da man sich sozusagen vor dem äußeren Feind abgegrenzt und abgeschirmt hat“, glaubte man, man könne die Gelegenheit nutzen, „von der sozialistischen Demokratie einen anderen Gebrauch zu machen, als in der unmittelbaren Konfrontation, der man sich gegenübergesehen hat, bis die Mauer errichtet wurde“.³⁶ Viele namhafte Intellektuelle begrüßten öffentlich den 13. August, in der Annahme, daß man nun verstärkt über innere politische und kulturpolitische Probleme diskutieren könne. Bejaht wurde die Grenzschießung, nicht jedoch die

33 Volker Schulte, Rat der Spötter, S. 78ff. (vgl. Anm. 3).

34 Zitiert nach Frank Wilhelm, Literarische Satire in der SBZ/DDR 1945–1961. Autoren, institutionelle Rahmenbedingungen und kulturpolitische Leitlinien, Hamburg 1998, S. 221.

35 Zitiert nach Volker Schulte, Rat der Spötter, S. 80.

36 Ernst Schumacher, DDR-Dramatik und 11. Plenum, in: Günter Agde (Hg.), Kahlschlag. Das 11. Plenum des ZK der SED 1965, Berlin 1991, S. 93.

SED-Kulturpolitik.³⁷ Diese Stimmung gefürchteter „Fehlerdiskussionen“ wußte die SED umgehend zu ersticken: Sie demonstrierte, daß sie einen öffentlichen und offenen Gegendiskurs zu ihrer Politik, einschließlich ihrer Kulturpolitik, zu verhindern wisse. So ist es kein Zufall, daß es zum Vorgehen gegen den „Rat der Spötter“ in Leipzig eine Reihe von Parallelen gab: Das oben erwähnte Verbot von Heiner Müllers Stück „Die Umsiedlerin“ an der Berliner Hochschule für Ökonomie, die massive Kritik an der Inszenierung des Dramas „Die Sorgen und die Macht“ von Peter Hacks am Berliner Deutschen Theater³⁸, die Kritik der September-Ausgabe der Zeitschrift *ndf*³⁹ sowie die Kampagne gegen die Akademie-Ausstellung „Junge Kunst“ 1961 und die Ablehnung vieler Bilder und Plastiken als „uneigentliche Kunst“⁴⁰.

Warum aber beließ es die SED 1962 nicht beim Verbot des Kabarets, sondern schickte sechs der Kabarettisten ins Gefängnis? Im Gegensatz zu früheren Machtdemonstrationen gegenüber dem Berufskabarett „Leipziger Pfeffermühle“ – wie die Organisierung von „Volkszorn“ im Zuschauerraum im Dezember 1956 anlässlich einer Vorstellung von „Rührt euch!“, das Verbot des Programmes „Üb immer treu und red nicht rein“ noch vor der Premiere 1957 sowie die fristlose Entlassung vom Ensembleleiter Conrad Reinholdt im selben Jahr⁴¹ – ging man gegen den „Rat der Spötter“ deutlich härter vor. Das Studentenkabarett war aus einer ganzen Reihe von Gründen ‚leichte Beute‘: Die Leipziger Studenten hatten im Vergleich zu den anderen kritisierten Künstlern keinen ‚Namen‘, keine prominenten oder einflußreichen Fürsprecher. Sie wurden lediglich von einer Reihe Studenten unterstützt, die an offizielle Stellen schrieben und die genaue Prüfung der (überzogenen) Vorwürfe forderten, und gleichfalls von einem der Verteidiger, Rechtsanwalt Ulbricht (!), der sich weigerte, den Tatbestand „feindliche Hetze“ zu erkennen und das auch vor Gericht standhaft vertrat. Ohne weittragenden Namen konnte die Verhaftung der „Spötter“ in der größeren Öffentlichkeit auch keinen Eklat auslösen. Sie waren jedoch gerade bekannt genug, daß sie in vielerlei Hinsicht als wirksames abschreckendes Beispiel zu mißbrauchen waren. Einer Studenten-Generation, die einmal vor allem der SED verläßlich, „parteilich“ dienen sollte, ließen sie sich als warnendes Beispiel vorführen: Die Partei konnte demonstrieren, daß sie hart durchzugreifen bereit war. Zumal von der damaligen Studentenschaft, wie ein Bericht über die Theaterhochschule

37 Frank Wilhelm, Literarische Satire, S. 206–210. Vgl. dazu auch Matthias Judt, DDR-Geschichte in Dokumenten. Beschlüsse, Berichte, interne Materialien und Alltagszeugnisse, Berlin 1997.

38 Dazu: Ernst Schumacher, DDR-Dramatik, S. 93–104.

39 Zur Kritik am Heft 9/1961, der sogenannten „Satire-Nummer“ vgl. Frank Wilhelm, Literarische Satire, S. 217ff. und Martina Langermann, in: Simone Barck/Dies./Siegfried Lokatis, Jedes Buch ein Abenteuer, Berlin 1997, S. 392–403.

40 Dazu Kathleen Krenzlin, Die Akademie-Ausstellung „Junge Kunst“ 1961 – Hintergründe und Folgen, in: Günter Agde (Hg.), Kahlschlag, Berlin 1991, S. 71–83.

41 Vgl. Volker Schulte zur Gründungsgeschichte der „Leipziger Pfeffermühle“, S. 57–65.

Leipzig zeigt, „nach inoffiziellen Hinweisen [...] etwa 80 bis 90% [...] ebenso wie Sodann [dachten] und die Verhältnisse in der DDR einschätz[ten]“⁴².

Auch in der Handhabung von Kabarett-Ensembles selbst bekräftigte und demonstrierte die SED damals ihren Anspruch auf unumschränkte Macht – und zeigte den „Kindern des 17. Juni“ die Zwangsjacke. Im Urteil von 1962 heißt es: Die Angeklagten „hatten als Kabarettisten die Pflicht, die Beschlüsse von Partei und Regierung besonders sorgfältig zu studieren und in ihrer agitatorischen Tätigkeit, zu der auch die Satire zählt, zu beachten und durchsetzen zu helfen. [...] Wenn festes Klassenbewußtsein, wenn Zorn und Spott auf Mängel und Schwächen und Liebe zum sozialistischen Staat und seinen Menschen, wenn unbändiger Haß gegen die Imperialisten und Militaristen Ausgangspunkt der Arbeit des Satirikers sind, dann besteht für ihn überhaupt keine Gefahr, auf einen falschen Weg zu kommen.“⁴³ Der richtige Weg sollte fortan insbesondere darin gesehen werden, die Partei- und Staatsführung von der Kritik auszunehmen. Die Partei machte sich damals für Spott und Kritik unsichtbar und unerreichbar. Sie etablierte für das DDR-Kabarett das Tabu, die Staats-, Partei- und auch lokale SED-Führung öffentlicher (satirischer) Kritik auszusetzen.

DDR-Kabarett mußte sich – unter diesen Bedingungen – zu einem Kabarett entwickeln, das satirische Kritik vor allem ‚zwischen den Zeilen‘ formulierte, das *unverschlüsselte* Kritik an der Parteiführung vermied, umging oder chiffrierte. Das Tabu direkter Benennung hielt bis in die achtziger Jahre, in denen es – vorsichtig – demontiert wurde. So folgten 1988 in der Szene „Opas Turnverein“⁴⁴ die Vereinsmitglieder mit „knirschenden Gelenken“ ihrem Vorturner „Bernhard“: „Wir kennen jede Übung, und wir denken längst nicht mehr./Wir laufen treu dem Bernhard so wie früher hinterher.“⁴⁵ Die Truppe wird als vergrößerter Alt-Herren-Klub gezeigt, der nur noch in den alten Ritualen lebt, die er jahrelang praktiziert hat. „Was gemeint ist, [...] kapiert man“, berichtete nicht unzutreffend ein Beobachter der Staatssicherheit, „das ist eine Nummer, die gegen die Überalterung in der Parteispitze gerichtet ist.“⁴⁶ An deren Spitze stand auf der Kabarettbühne jedoch noch immer und bis zum Ende der DDR der „Vorturner Bernhard“ und nicht „E. H“.

42 Aktennotiz Oberstleutnant Hoffmann: „Betr.: Vorgang ‚Rat der Spötter‘“, o.D, BStU, MfS (Leipzig) AU 871/62, Bd. V, Bl. 42.

43 Urteil, Bl. 15 (vgl. Anm. 31).

44 „Über-Lebenszeit“, Premiere an der „Herkuleskeule“, Dresden am 17.12.1988.

45 Textbuch, Über-Lebenszeit von Wolfgang Schaller und Peter Ensikat. Eine Revue. Privatarchiv der „Herkuleskeule“, Dresden, S 22.

46 Bericht zum neuen Programm der „Herkuleskeule“, „Überlebenszeit“ vom 27.12.1988, gez. „Sommer“; Tonbandabschrift vom 6.1.89, MfS Dresden, Abt. XX/7. BStU, 3091/91, Beiakte, Blatt 54.